



Binswanger

# Global hilflos

Man hätte wissen müssen, wie weit Putin geht. Trotzdem ist es nun zum Krieg gekommen. Und jetzt?

Von [Daniel Binswanger](#), 14.05.2022

Was die Weltlage schwer zu ertragen macht – selbst für uns privilegierte Westeuropäer, für die der Krieg bis heute letztlich ein Medienereignis bleibt –, sind nicht nur die Schreckensnachrichten und die Zerstörungsbilder. Es sind nicht nur die Zeugnisse von Massengräbern und zerstörten Städten. Nicht nur die Berichte, die gar nicht in dieses Jahrhundert zu gehören scheinen – auch wenn wir wissen, dass es andere Kriege gegeben hat und weiter gibt. Was uns angesichts dieses Krieges verstört und lähmt, ist das Gefühl, die Welt nicht mehr zu verstehen. Keine schlüssigen Erklärungen und deshalb auch keine Bewältigungsstrategien zu haben.

Zu Selbstmitleid haben die vom Krieg Verschonten weiss Gott nicht den geringsten Anlass. Aber wir fühlen uns hilflos. Und in einem sehr fundamentalen Sinn sind wir es auch.

Gerade öffentliche Stimmen, die besser gerüstet sein dürften als die meisten anderen, um dem Schrecken der Zeit mit Durchblick und Klarheit zu begegnen, bekennen ihre Überforderung. «Selten kam mir das eigene Schreiben so ungenügend und fragwürdig vor wie im Moment», schrieb die Kriegsreporterin, Publizistin und Philosophin [Carolin Emcke kürzlich auf Twitter](#). Der Schriftsteller Jonas Lüscher, bekannt als differenzierter politischer Analytiker, [sagt im Interview mit dem «Tages-Anzeiger»](#): «Noch selten habe ich mich der Weltlage gegenüber so hilf- und ahnungslos gefühlt.»

Was sich in der Ukraine heute abspielt, ist nicht nur schrecklich. Es erscheint so im Widerspruch zu unseren fundamentalen Grunderwartungen und unserer Auffassung von Recht und Unrecht, dass schwierig wird, es irgendwie einzuordnen.

Lüscher bekennt, seinen Erklärungsnotstand unter anderem dadurch zu kompensieren, dass er sich mit grossem Eifer über Militärtechnologie und Waffentechnik informiert. Auch hier ist er nicht der Einzige. Noch vor drei, vier Monaten waren die meisten Journalisten Teilzeit-Epidemiologen und trugen, sofern sie ihren Job seriös zu machen versuchten, die Erkenntnis-

se der Wissenschaft in die öffentliche Debatte. Vorbei dürfte die Pandemie noch lange nicht sein, aber jetzt erstreben viele den Zugriff auf die Realität, indem sie sich kundig machen über den Ort, an dem sie gerade definiert wird: das Schlachtfeld. Das ist bestens nachvollziehbar, auch wenn natürlich niemand daran glauben mag, dass angelesenes Detailwissen über Schützenpanzer, Kampfdrohnen und Boden-Luft-Raketen es uns ermöglicht, im Nebel der Ereignisse echte Orientierung zu gewinnen.

Das Lähmungsgefühl, gegen das wir anzukämpfen haben, dürfte sehr grundsätzliche Ursachen haben. Zum einen sind wir ja nicht nur mit dem Krieg gegen die Ukraine, sondern mit einer Reihe von globalen Grosskrisen konfrontiert, die unsere Welt in immer schnellerer Kadenz immer bedrohlicher und unübersichtlicher erscheinen lassen: Neben dem Russland-Ukraine-Krieg wären an erster Stelle die Pandemie und die Klimaerwärmung zu nennen.

Zum anderen bleibt es auch jenseits der konkreten Gräueltaten zutiefst schockierend, dass mitten in Europa ein so klar völkerrechtswidriger Angriff stattfindet. Dass ein autoritäres Regime sich von seinen Grossmachtsfantasien mitreissen lässt – und dazu bereit ist, auch die eigenen Wirtschaftsinteressen schwerstens zu beschädigen.

Wie konnte sich eine derartige Radikalisierung über lange Jahre immer weiter aufbauen? Warum haben wir nicht schon lange begriffen, wo sie enden wird? Warum haben wir nicht früher reagiert?

Natürlich: Epochale Krisen scheinen immer aus heiterem Himmel zu fallen. Als die Queen im November 2008, unmittelbar nach dem Ausbruch der Finanzkrise, an der London School of Economics vor einem Parkett illustrierter Top-Ökonominnen eine Rede hielt, stellte sie die berechtigte Frage: «Warum hat das niemand kommen sehen?» Das «niemand» war zwar etwas übertrieben, aber die Ökonomen, die vorausgesehen hatten, worauf das globale Finanzsystem sich zubewegt, liessen sich quasi an einer Hand abzählen. Bei der Russland-Ukraine-Krise jedoch liegen die Dinge anders.

Es fehlte nicht an eindringlich warnenden Stimmen – man hätte sie einfach hören müssen. Der renommierte Osteuropahistoriker Karl Schlögel etwa schrieb in seinem Werk «Entscheidung in Kiew» im ersten Satz: «Wir wissen nicht, wie der Kampf um die Ukraine ausgehen wird; ob sie sich gegen die russische Aggression behaupten oder ob sie in die Knie gehen wird, ob die Europäer, der Westen, sie verteidigen oder preisgeben wird; ob die Europäische Union zusammenhalten oder auseinanderfallen wird. Nur so viel ist gewiss: Die Ukraine wird nie mehr von der Landkarte in unseren Köpfen verschwinden.» Es ist die perfekt auf die heutige Situation gemünzte Fragestellung, auch wenn wir die Gefahr des In-die-Knie-Gehens inzwischen etwas anders beurteilen.

Schlögel hat «Entscheidung in Kiew» im Jahr 2015 veröffentlicht. Die Annexion der Krim 2014 hatte für ihn bereits unzweifelhaft klargemacht, was Russland will und wo die weltpolitischen Konfliktlinien liegen. Auch andere Expertinnen wie Timothy Snyder oder Anne Applebaum haben lange vor dem heutigen Krieg mit atemberaubender Präzision vorausgesagt, dass der Konflikt eskalieren wird und dass es dabei nicht nur um Gebietsstreitigkeiten unter Nachbarstaaten, sondern um die Konfrontation zwischen einem imperialistischen Grossrussland und der Europäischen Union, zwischen Autoritarismus und Demokratie gehen wird.

Man hätte es wissen können, wissen müssen – und hat dennoch nicht reagiert. Woher die verblüffende Passivität, mit der die freie Welt sich quasi in

Geiselnhaft nehmen lassen? Diese Frage dürfte einen wesentlichen Beitrag leisten zur heutigen Verstärkung. Wie konnten wir unsere fundamentalsten Grundwerte so blind und leichtfertig preisgeben?

Der Befund ist umso quälender, als es nicht nur die Stimmen luzider Expertinnen waren, die uns hätten aufzeigen müssen, welchen Plan die Putin-Regierung verfolgt. Nicht nur die brutalen Versuche, in Kiew russische Marionetten-Regimes zu installieren, sowie die Annexion der Krim und der seit 2014 tobende Krieg im Donbass verfolgten eine unzweideutige Strategie.

Putin führt seit vielen Jahren mit hoher Intensität einen verdeckten kalten Krieg gegen die westlichen Demokratien, wobei rein gar nichts ausgelassen wurde – von Cyberattacken über sehr zahlreiche politische Morde, das Betreiben von die gesellschaftliche Spaltung befeuernden Propagandakanälen, die Finanzierung von EU-feindlichen Parteien bis zu versuchten Wahlmanipulationen in den USA, Grossbritannien, Frankreich und Schottland. Die Europäerinnen haben sich derweil immer noch stärker in die Geiselnhaft der russischen Energieversorgung begeben, immer noch grössere Mengen an Gas und Öl aus Russland gekauft, mit immer noch gigantischen Summen die Kriegskasse ihres Feindes alimentiert.

In einer gewissen Weise ist das Vorgehen von Putin sehr methodisch und sehr rational. Er verfolgt eine seit langem definierte grossrussische Agenda, er hat mit ständig verschärften Grenzüberschreitungen Stück um Stück die westlichen Reaktionen ausgetestet, er hat den eigenen Spielraum schrittweise ausgelotet und erweitert. Warum hätte er nicht auf Kiew marschieren sollen, wenn der Westen nach der Annexion der Krim den Rohstoffhandel mit Russland nicht einmal einschränkt, sondern im Gegenteil weiter ausbaut?

Jetzt hat Putin sich dennoch verkalkuliert – vor allem weil die Widerstandsfähigkeit der Ukrainer vollkommen falsch eingeschätzt wurde. Zur sich endlich als unzutreffend erweisenden Annahme, der Westen werde es weiterhin bei nur verbalen Protesten und bei letztlich wirkungslosen Sanktionen bewenden lassen, hatte Putin jedoch die allerbesten Gründe. Russland und nur Russland ist der Angreifer. Aber die Appeasement-Politik des Westens trägt für die Eskalation des Krieges eine erdrückende Verantwortung.

Wie konnte es zu diesem Versagen kommen? Wenn man banale Faktoren wie Grossmannssucht und Käuflichkeit (Gerhard Schröder) einmal beiseitelässt, bleiben im Wesentlichen zwei Motive. Erstens verträgt sich Kostenoptimierung um jeden Preis nicht mit strategischer Planung. Der Grund für die ständig ausgeweiteten deutschen Importe von russischem Gas war simpel: Es war die billigste Lösung. Der Exportweltmeister wollte diesen Wettbewerbsvorteil nicht verschenken. Die Folge ist nun, dass im Blitzverfahren umgerüstet werden muss, dass die Energiepreise durch die Decke gehen, dass die Weltwirtschaft aufgrund des Krieges in eine Rezession zu stürzen droht.

Langfristig sind die Kosten für solche Kostenoptimierungen viel höher als der Preisvorteil, den man zeitweilig erreichen kann. Das erweist sich aber erst ex post. In langfristigen Horizonten zu denken, scheint Volkswirtschaften unter Wettbewerbsdruck zunehmend schwerzufallen.

Zweitens ist es gewissermassen das ideologische Fundament, auf dem die heutige Weltordnung ruht, dass Handelsbeziehungen per se eine zivilisatorische Wirkung haben. Dass es im Grundsatz unter fast allen Umständen

empfehlenswert ist, den «Wandel durch Handel» anzustreben. Kennen wir überhaupt ein höheres globales Ordnungsprinzip? Die Überzeugung, dass Wandel durch Handel der geschichtlichen Entwicklung einen unumkehrbaren Richtungssinn gibt, ist gewissermassen das Kernethos der Globalisierung – nicht nur im Verhältnis zu Russland, sondern auch was die Beziehungen zu China betrifft.

Nun stellen wir auf besonders dramatische Weise fest, dass es nicht tragfähig ist. Dass die Wirtschaftsbeziehungen nicht Russlands Zivilgesellschaft und Demokratie gestärkt haben, sondern dazu genutzt werden, Eroberungskriege zu führen und horrenden Verbrechen zu begehen. Dass der Rohstoffhandel nicht zu Entspannung, sondern zu Atomkriegsdrohungen führt, die konkreter sind als zu den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges. Offene Märkte: Das dürftige Ideal, auf dem die Hoffnung auf so etwas wie eine stabile Weltordnung noch am plausibelsten gründen mochte, wird durch den Russland-Ukraine-Krieg radikal infrage gestellt.

Was muss jetzt geschehen? Wandel durch Handel ist sehr begrüssenswert – dort, wo er funktioniert. Wir können uns jedoch nicht darauf verlassen, dass die Handelsbeziehungen und der Markt es im Alleingang richten. Sie werden den Fortschritt von Demokratie und Menschenrechten, das Zurückdrängen des Autoritarismus nicht als automatisches Nebenprodukt von selbst erzielen. Eine vernünftig geordnete, befriedete Welt ist angewiesen auf globale *governance*.

Da es dafür jedoch keine wirklich handlungsfähigen Institutionen gibt, wird eine verstärkte Blockbildung unausweichlich werden. Die demokratischen Verfassungsstaaten müssen kompromisslos zusammenstehen. Auch die Schweiz sollte sich den voraussichtlichen Nato-Beitritt von Finnland und Schweden zu Herzen nehmen. Will sie das einzige Land bleiben, das zur europäischen Sicherheitsarchitektur rein gar keinen Beitrag leistet?

Das westliche Defizit, das der Russland-Ukraine-Krieg an den Tag legt, geht jedoch viel weiter und hat nicht nur eine aussenpolitische Dimension. Eine stabile Weltordnung ist offensichtlich angewiesen auf die Verteidigung politischer Werte. Aber welche Werte teilen wir überhaupt noch? Welche Werte sind wir zu verteidigen bereit? Das ist letztlich die Frage, mit der uns dieser Krieg konfrontiert. Sie ist in der Tat bedrohlich und lähmend, denn die Einsätze könnten höher nicht sein, die Antwort aber erscheint ungewiss. Wir können sie nicht schuldig bleiben.

Illustration: Alex Solman